

# Perestroika in Indien?

"Perestroika in Delhi" titelte Gabriele Venzky jüngst in der 'Zeit'. Dabei hatte die FAZ bereits 1985 nach dem Machtantritt Rajiv Gandhis festgestellt: "Indien nimmt Abschied von der sozialistischen Vergangenheit." Indiens Wirtschaftssystem hat seit jeher zu vielfältiger Begriffsverwirrung geführt. Und in der Tat machen sich Politiker der Kongreßpartei bereits seit Beginn der 80er Jahre daran, das gemischte Wirtschaftssystem Indiens zu liberalisieren, zu privatisieren und haben - wenn man denn zündende Platitüden mag - Indien jetzt wohl endgültig in den "Würgegriff des IWF" getrieben. Das hatten alle Kritiker seit langem vorausgesagt, überraschend ist nur, mit welcher Vehemenz der neue indische Premierminister P.V. Narasimha Rao und sein Finanzminister Manmohan Singh den Umbau der indischen Wirtschaft vorantreiben. Frank Braßel zeichnet im folgenden die Konturen der neuen indischen Wirtschaftspolitik nach und beleuchtet die Position der Kritiker.

Sozialistisch ist die indische Wirtschaft nie gewesen, war allerdings gekennzeichnet durch einen relativ großen Einfluß des Staates, wie er in den seit 1951 konzipierten Fünfjahresplänen und einem breiten öffentlichen Sektor im großindustriellen Bereich zum Ausdruck kommt. Ursprung dessen war eine intensive Wirtschafts- und Planungsdiskussion während der letzten Jahre der britischen Kolonialherrschaft, in der sich eine breite Koalition aus der indischen Industriellenschaft und der Kongreßpartei unter Jawaharlal Nehru zusammenfand. Mit dem 'Bombay Plan' von 1944 unter der Führung der bis heute dominanten indischen Wirtschaftshäuser Birla und Tata wurde die ideologische Grundlage für die 'mixed economy' im unabhängigen Indien gelegt. Es ging also weniger um Sozialismus als vielmehr um den Aufbau einer eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes der Dritten Welt, wobei die einheimische Großindustrie von dem neuen Staat Schutz vor ausländischer Dominanz und den Aufbau der infrastrukturellen Voraussetzungen erwartete. Dies traf sich mit den Ideen Nehrus, der von den nominellen Erfolgen der ersten sowjetischen Fünfjahrespläne beeindruckt war und von einem starken Staat im Wirtschaftsleben mehr soziale Gerechtigkeit als von einem rein privatwirtschaftlichen System erhoffte, wobei die Orientierung auf ländliche Entwicklung und sozialreformerischen Ideen des moralischen Führers der indischen Unabhängigkeitsbewegung, Mahatma Gandhi, in den indischen Fünfjahresplänen von Anfang an vernachlässigt wurden.

Resultat all dessen war eine indische Wirtschaft, in der staatliche Großbetriebe nicht nur die Infrastruktur, sondern auch den Abbau der Bodenschätze, den Energiesektor und die Stahlindustrie dominierten, während viele anderen Industriesektoren und die gesamte Landwirtschaft privaten Kräften vorbehalten blieben. Für die Privatindustrie gab es allerdings eine Reihe von Reglementierungen, etwa in der Frage von Neuan-siedlungen, Beteiligung durch Auslandskapital, Importbeschränkungen und Monopolverordnungen, die seit den 70er Jahren zunehmend von der Privatindustrie kritisiert wurden. Sie fühlte sich nun stark genug, es mit der ausländischen Konkurrenz aufzunehmen, und forderte eine Öffnung des staatlichen Sektors.

Seit den 80er Jahren zählt sich Indien zu den 10 führenden Industrienationen, baut Atomkraftwerke, Computer, Mittelstreckenraketen und Pkws. Geändert hat diese Entwicklung wenig an der sektoralen Verteilung der Arbeitskräfte - gerade 10 Prozent arbeiten in der Industrie, die überwiegende Mehrheit in der Landwirtschaft und dem 'informellen Sektor' der Millionenstädte - sowie an der Unfähigkeit der indischen Wirtschaft und des indischen Staates, der ärmeren Hälfte seiner Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein zu garantieren. Das unterscheidet den Subkontinent kaum von anderen Ländern der Dritten Welt, nur hat es sich Indien immer zu Gute gehalten, einen eigenständigen Wirtschaftskurs ("self-reliance") zu verfolgen, nicht in Abhängigkeit von Multinationalen Konzernen und internationalen Finanzinstitutionen zu geraten.

Heftige Diskussionen löste deshalb bereits der erste IWF-Kredit von 5,75 Milliarden US-Dollar für Indien im Jahr 1981 aus. Der Kredit hatte weniger ökonomische, denn politische Auswirkungen. Die Schuldendienststrategie betrug 1981/82 gerade 8 Prozent, doch mit dem ersten IWF-Kredit "sendete Indien ein Signal an die Welt, daß es in den kommenden Jahren ein aktiver und vermutlich großer Kreditnehmer sein würde. Die Akzeptanz des IWF-Regimes war die Garantie für gutes Benehmen, das internationale Kreditgeber verlangen, ehe sie ihr Geld an eine souveräne Nation geben," zeichnet das indische Nachrichtenmagazin 'Frontline' die Entwicklung nach.

In der Tat sollten in den folgenden Jahren Milliarden US-Dollar in das Land strömen, und innerhalb eines Jahrzehnts wurde Indien zum größten Schuldner Asiens, zum drittgrößten in der Dritten Welt, mit über 70 Milliarden US-Dollar Auslandsschuld, deren Zinsen und Rückzahlungen etwa 30 Prozent der Exporterlöse verschlingen. Im Januar 1991 bewahrte ein IWF-Kredit von 1,8 Milliarden US-Dollar das Land vor der Zahlungsunfähigkeit, doch haben sich die Devisenreserven im Juli auf 2,5 Milliarden Rupien reduziert - womit sich gerade der Importbedarf von zwei Wochen decken läßt.

All diese Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen. Wirtschaftswissenschaftler in Indien beklagen sich darüber, daß sie für ihre Arbeit auf im Ausland ver-



Wie wird die neue Wirtschaftspolitik die Bauern betreffen? (Foto: Walter Keller)

Öffentliche Statistiken zurückgreifen müßten, da die im Land von der Regierung veröffentlichten Zahlen in der Regel Kosmetik wären. Aus dem Finanzministerium wurde bekannt, daß es drei unterschiedliche Berechnungsmethoden gäbe: eine für die allgemeine Öffentlichkeit, eine zweite für internationale Kreditgeber und, drittens, die tatsächlichen Angaben. "Wissen ist Macht, und die Bürokraten und Politiker sind zu Experten in der Anhäufung dieser Macht und der Unterdrückung von Informationen geworden. Die aktuellen Versuche, die Verhandlungen mit dem IWF und die mit einem Kredit verbundenen Bedingungen im Dunklen zu belassen, sind nur ein Beispiel", faßt die Wirtschaftswissenschaftlerin Jayati Ghosh von der Jawaharlal Nehru Universität in New Delhi ihre Erfahrungen mit amtlichen Zahlenjongleuren zusammen. Vor jeder 'Perestroika' fordern die Kritiker der neuen Regierung 'Glasnost', also absolute Offenheit über die reale ökonomische Krise Indiens und eine offene, breite Diskussion über Lösungsmöglichkeiten.

Indiens Zahlungsbilanzkrise rührt in erster Linie aus einem konsumorientierten, importabhängigen Wirtschaftsmodell, von dem unter Rajiv Gandhi die auf etwa 100 Millionen Menschen geschätzten Mittelschicht profitierten und das der indischen Industrie zweistellige Wachstumszahlen bescherte, aber die Schere zwischen Importen und Exporten immer weiter auseinanderklaffen ließ. Der indische Staat ist praktisch pleite, und die neue Regierung hat der Wirtschaftskrise allererste Priorität eingeräumt. Überraschenderweise haben sich Premier Rao und sein parteiloser Finanzminister Singh, ein ehemaliger 'Linker' und Mitarbeiter der Nord-Süd-Kommission, energisch daran gemacht, alle ehemals

'heiligen Kühe' oben skizzierter Nehru'scher Wirtschaftspolitik in Richtung Schlachtbank zu treiben. "Indien muß international wettbewerbsfähig werden", fordert Singh, und "wir wollen in die Weltwirtschaft integriert werden", wofür er sowohl ausländische Investitionen ins Land holen als auch verschiedene Wirtschaftsregulierungen abschaffen will und sogar an eine Privatisierung des staatlichen Sektors denkt (vgl. das Interview mit Singh in dieser Ausgabe).

Anfang Juli erfolgte zunächst eine zweistufige Abwertung der Rupie um etwa 20 Prozent, in der Absicht, indische Waren wettbewerbsfähiger auf den Weltmarkt zu machen und dadurch Exporte zu fördern. Des Weiteren wurden die meisten Regularien der Monopolkontrolle und Vergabe von Industrielizenzen, die u.a. die Neuansiedlung von Industrien in wenig erschlossenen Gebieten ermöglichen sollte, was natürlich beträchtliche Aufwendungen für Infrastrukturmaßnahmen nötig machte, abgeschafft. Zudem darf der ausländische Kapitalanteil an Unternehmungen ab sofort 51 statt bislang 40 Prozent ausmachen. Für große multinationale Konzerne sollen eventuell noch höhere Margen gestattet werden. In Delhi munkelt man, Du Pont Chemicals und Mercedes-Benz würden nach Standorten in Indien suchen. Außerdem will Singh einen 20-prozentigen Anteil ausgesuchter Staatsbetriebe veräußern.

"Was offensichtlich erscheint, ist, daß die Regierung versucht hat, den IWF und die Weltbank mit umfangreichen Änderungen in der Industrie- und Handelspolitik zufrieden zu stellen, während der neue Haushalt sich stärker bemüht, die unterschiedlichen Sichtweisen im Parlament ins Kalkül zu ziehen. Für die Verabschiedung

des Etats braucht die Regierung auch die Stimmen der Oppositionsparteien, während die Industrie- und Handelspolitik lediglich zu Diskussionen und einigen Änderungsanträgen führen wird", faßte der 'Hindu' den von Singh am 24. Juli eingebrachten Haushalt zusammen, der hinter den Erwartungen - und Befürchtungen - zurückblieb. IWF und Weltbank hatten die indische Regierung seit langem gedrängt, ihr Wirtschaftssystem zu 'liberalisieren'. Singh greift nun bereits einige Konditionen, die mit der Vergabe eines IWF-Kredits verbunden wären, vorweg. 2 Milliarden Dollar sind dabei fürs erste im Gespräch, die aber lediglich ausreichen würden, Indiens kurzfristige kommerzielle Verbindlichkeiten in mittelfristige beim IWF umzuwandeln. Über einen höheren, langfristigen IWF-Kredit wird spekuliert.

Zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler und linke Politiker haben gegen diesen neuen Wirtschaftskurs protestiert. Alle akzeptieren, daß es eine Entbürokratisierung der Wirtschaft geben muß, viele protestieren aber gegen vorschnelle Privatisierungen und eine Öffnung für internationale Konzerne. Zwar arbeiten viele der 244 Staatsbetriebe wenig effektiv, andererseits hat die hochtechnisierte Privatindustrie in den 80er Jahren keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Rote Zahlen schreiben insbesondere Betriebe (z.B. im Textilbereich), die vom Staat übernommen wurden, um sie vor der Schließung und damit dem Verlust von Arbeitsplätzen zu bewahren. Ihre Gesundung konnte damit allerdings nicht erreicht werden. Anstatt zu versuchen, die Exporte anzukurbeln, gelte es nach Ansicht vieler Kritiker, soziale Reformen wie eine Landreform

durchzuführen und den Binnenmarkt als Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung Indiens zu stärken. Die Hälfte der InderInnen lebt unterhalb der absoluten Armutsgrenze, hat an der modernen Wirtschaft praktisch keinen Anteil. Dieses Potential Indiens sei zu entwickeln. Um das eklatante Handelsbilanz- und Haushaltsdefizit herunterzuschrauben, sollten die Importe von Luxusgütern für die Oberschichten eingeschränkt, der immense Rüstungsetat beschnitten, die aufgeblähte Bürokratie mancher Ministerien abgebaut und eine stärkere direkte Besteuerung der hohen Einkommen vorgenommen werden. Das würde es ermöglichen, auf den Gang zum IWF zu verzichten.

Die Ablehnung weiterer IWF-Kredite fußt nicht nur auf der Furcht vor einer weiteren Erosion der nationalen

Souveränität Indiens, sondern auch vor den sozialen und politischen Folgekosten. Die klassische Struktur- und Anpassungspolitik des IWF läßt erhöhte Arbeitslosigkeit durch Entlassungen im staatlichen Sektor bzw. Privatisierungen genauso erwarten wie einen Abbau der eh schon bescheidenen staatlichen Sozialprogramme sowie eine Erhöhung der staatlich fixierten Preise für Grundnahrungsmittel und Energiestoffe. Bereits mit seinem ersten, noch moderat gehaltenen Haushalt hat Singh beispielsweise die Preise für Benzin um 10 Prozent erhöht, die Subventionen für Zucker gestrichen, was die Preisspirale weiter in Gang halten wird. Indien verzeichnet bereits eine zweistellige Inflation. Zwar hat Singh die staatlich gestützten Nahrungsmittelpreise noch unangetastet gelassen, doch muß von der vorweggenommenen IWF-Politik eine weitere

## Der IWF-Kredit und die indische Umwelt

**Die indische Regierung ist entschlossen, mit dem IWF über einen größeren Kredit zu verhandeln. Der IWF wird dabei auf einer Umstrukturierung und Liberalisierung der indische Wirtschaft bestehen. Was wird dies für die indische Umwelt bedeuten? fragen sich Anil Agarwal und Sunita Narain in ihrer regelmäßigen Kolumne 'Green Politics' in der Economic Times vom 7. Juli 1991.**

Bisher ist noch wenig über die genauen Bedingungen bekannt, die der IWF mit der Vergabe des Kredits verbinden wird. Doch ist klar, daß der IWF auf eine Stärkung der Privatwirtschaft abzielt, um eine breitere und schnellere Industrialisierung zu erreichen, auf eine Steigerung der Exporte und Einsparungen bei den Regierungsausgaben sowie eine Minderung staatlicher Kontrollen. Einige dieser Rezepte mögen dem Land nicht schlecht bekommen. Es gibt keinen Zweifel, daß die Bürokratisierung der indischen Gesellschaft kontraproduktiv und für die Armen und Machtlosen, die der Staat schützen sollte, oft auch unterdrückend geworden ist. Doch insgesamt dürften die Folgen des IWF-Kredits für die Armen und die Umwelt katastrophal sein.

Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Wenn die neue Politik zu einer verstärkten Wirtschaftsaktivität führen wird, wird das größeren Druck bedeuten, die natürliche Umwelt auszubeuten. Doch anders als in den Industrieländern, stellt die Umwelt in Indien die Überlebensgrundlage der Armen dar, und angesichts der Bevölkerungsdichte ist jede Nische unserer Umwelt von der einen oder anderen Bevölkerungsgruppe besetzt. Flüsse, Wälder und Graslandschaften werden zum Beispiel von den Fischern, den Ureinwohnern und den Nomaden genutzt, und die riesige Landbevölkerung hängt hiervon gleichfalls ab, um ihre täglichen Bedürfnisse zu befriedigen. Wenn ein Fluß in einem industrialisierten Land verseucht wird, trifft es im Höchstfall die Freizeitindustrie, doch in Indien würde dadurch das bloße Überleben der Armen gefährdet, die sich von den Ressourcen des Flusses ernähren. Umweltschutz in Indien muß deshalb aus Gründen der sozialen

Gerechtigkeit sehr viel strikter und verbindlicher sein.

Industrie und Landwirtschaft verlangen nach den gleichen natürlichen Ressourcen, und zwar so preiswert und mit so geringen Umweltauflagen wie möglich. Das ist nicht nur in Indien so. Auch die Industrieländer verlangen nach den natürlichen Ressourcen, über die sie in den hochverschuldeten Ländern des Südens bestimmen können. Doch die indische Industrie ist zu schwach und machtlos, um sich aus der Natur anderer Länder bedienen zu können, und wird sich von daher auf die natürlichen Ressourcen des eigenen Landes stützen. Indien eifert derzeit den schlimmsten Auswüchsen des westlichen Systems nach, seinem brutalen Lebensstil des übermäßigen Konsums, aber nicht dessen demokratischen Grundlagen.

Im Westen war die Liberalisierungspolitik nicht so ungehindert durchzusetzen, trotz Reagan und Thatcher, da es in dem System Kontrollmechanismen gibt, die unter dem Druck der Öffentlichkeit selbst während der Regierungszeit dieser Erzkonservativen ausgebaut wurden. Die Umwelt war ein Bereich in Europa wie in Nordamerika, wo in den 80er Jahren staatliche Auflagen und Kontrollen verstärkt wurden. Das gilt insbesondere für die größere Transparenz und Verantwortlichkeit innerhalb der Regierungen in Umweltfragen.

Nehmen wir den simplen Punkt der Informationen über mögliche Umweltrisiken großer Entwicklungsvorhaben. In westlichen Ländern sind solche Informationen den Anwohnern leicht zugänglich. In Australien etwa liegen entsprechende Unterlagen selbst zu den strittigsten Projekten für jedermann zugänglich im Umweltministerium aus. Doch in Indien werden diese Unterlagen beinahe als Staatsgeheimnis behandelt und sind nur für einige wenige Privilegierte einsehbar. Die große Masse der Betroffenen solcher Projekte bleibt außen vor.

Außer dem Informationszugang regeln Gesetze in verschiedenen europäischen Ländern auch die Beteiligung

der Bevölkerung am Entscheidungsfindungsprozeß in Umweltfragen. Zudem wurden zunehmend die lokalen Behörden mit der Beobachtung und Kontrolle von Umweltauflagen betraut. Auch in Indien muß dem Volk die Kontrolle über die Verwaltung seiner natürlichen Ressourcen gegeben werden, und deshalb sind demokratische und für jeden offene Institutionen auf unterster Ebene nötig, die die eigenen Interessen zum Ausdruck bringen können. Denn wer soll über diese wichtigen und schwierigen Fragen entscheiden können? Eine Gruppe von Bürokraten im fernen Delhi oder die Menschen vor Ort? Wenn die "Bedingungen" zur Ressourcennutzung von den ländlichen oder städtischen Gemeinden auferlegt werden, würde für die Umwelt neue Hoffnung bestehen, trotz aller Liberalisierung und IWF-Bedingungen. Kommt es aber nicht dazu, werden die vorgeschlagenen Liberalisierungsmaßnahmen ungeheuer negative Auswirkungen auf die Umwelt und die Armen haben. Im gegenwärtigen System werden die Ressourcen für die industrielle Entwicklung von hohen Regierungsstellen kontrolliert, und der politische und finanzielle Druck, sie rücksichtslos auszubeuten, wird enorm sein. Was wir dann erleben werden, ist eine Wiederholung unserer 40-jährigen Geschichte, nur daß dieses Mal alles sehr viel schneller, zerstörerischer und für die Armen schmerzhafter geschehen würde.

Nehmen wir als Beispiel das Problem der Kontrolle von Umweltverschmutzung. Gegenwärtig haben die Bewohner eines Dorfes oder einer Stadt nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten, übermäßige Verschmutzungen durch Industriebetriebe zu überwachen. Die Entscheidung über Industrieanlagen wie auch die Kontrolle ihrer Verschmutzung unterliegen derzeit ausschließlich zentralen Regierungsstellen (den 'pollution control boards'). Von daher haben beispielsweise die Menschen aus Bicchri (in der Nähe von Udaipur/Rajasthan), deren Dorf durch die industriellen Abfälle einer nahegelegenen Fabrik verwüstet wurde, absolut keine Macht, die Umweltverschmutzung zu stoppen, die Fabrik zu schließen oder auch nur mit einer Strafe zu belegen - außer sie wenden sich an die zuständigen Behörden. Doch für die

Menschen aus Bicchri - wie für viele in diesem Land - hat sich das als ein extrem langwieriges und bis heute erfolgloses Unterfangen herausgestellt. Selbst nach zwei Jahren verschaffte man den Dorfbewohnern noch nicht einmal eine neue, saubere Trinkwasserquelle.

Es geht in diesem Zusammenhang nicht darum, die zuständigen Beamten anzugreifen. Unser Argument ist vielmehr, da diese Unzulänglichkeiten in einem System verwurzelt sind, wo die Entscheidungen von einer Gruppe von Leuten getroffen werden, und die Folgen dieser Entscheidung von einer anderen Gruppe zu tragen sind. Fehler können immer vorkommen. Doch wenn die Entscheidung bei den Leuten liegt, die davon betroffen sind, wird auch die Korrektur solcher Entscheidungen leichter fallen.

Verträgliche Entwicklung ("sustainable development") bedeutet letztlich, von seinen eigenen Erfahrungen zu lernen und das Beste daraus zu machen. Und wenn wir irgendetwas aus den Erfahrungen der vergangenen 40 Jahre lernen können, ist es, daß die indische Demokratie noch nicht tief genug verankert ist, um zu einem behutsamen, sozial gerechten und ökologisch vernünftigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen des Landes zu führen. Und das gilt es, als allererstes zu korrigieren.

Der IWF hat eine katastrophale Spur in den Ländern Afrikas und Südamerikas hinterlassen, wo die Anpassungspolitik die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Strukturen zerstört hat. Das geschah, weil die wirtschaftliche Umstrukturierung nicht der sozialen und politischen Umstrukturierung folgte. Auch in Indien wird der Schlag - wenn sich diese Umstrukturierung weiter verzögert - unter der Last der finanziellen Krise und angesichts der Abhängigkeit der Armen in unserem Land von der Umwelt fürchterlich sein. Und - wie üblich - hätte dann das kurzfristige wirtschaftliche Interesse, und zwar in erster Linie das Interesse der Elite, Vorrang erfahren vor den langfristigen Zielen und den Interessen der Armen.

(Übersetzt und bearbeitet von Frank Braßel)

Verarmung und gesellschaftliche Polarisierung der indischen Gesellschaft erwartet werden. Ob es vor diesem Hintergrund ein Zufall ist, daß in dem wenig dynamischen ersten Budget der Regierung Rao die höchste Wachstumsrate von 11 Prozent bei den Ausgaben für die Polizei angesetzt ist?

Die IWF-Kredite allein machen derzeit nur 2 Prozent der indischen Schuldenlast aus – der überwiegende Teil stammt von privaten Geldgebern –, würden sich auch durch neue größere Kreditaufnahmen im überschaubaren Rahmen halten. Verbunden mit diesen Krediten wäre allerdings eine neoliberale Wirtschaftspolitik und möglicherweise auch ein Wandel in der Innenpolitik, eine weitere Aushöhlung der indischen Demokratie. Während den Kritikern der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik vorgeworfen wird, es gebe kein aktuell funktionierendes Vorbild für eine binnenorientierte, egalitäre Wirtschaftsreform, sind die von Finanzminister Singh ins Spiel gebrachten Vorbilder nicht gerade Paradebeispiele für demokratische Entwicklung – und auch nicht für Entstaatlichung der Wirtschaft. Südkorea wäre ohne zielgerichtete staatliche Unterstützung

des privatkapitalistischen Sektors nie zu dem 'kleinen Tiger' geworden, der es heute ist – und der bis heute die grundlegenden Bürgerrechte mißachtet. Wie Südkorea haben auch die beiden anderen asiatischen Wachstumsgiganten, Taiwan und Japan, die Basis für ihren Exportboom mit einer – unter kapitalistischen Vorzeichen durchgeführten – Landreform zur Stärkung des Binnenmarktes geschaffen.

Geradezu makaber mutet Singhs Bewunderung für den indonesischen Diktator Suharto (in einem Interview mit 'Asiaweek' vom 9.8.91) an: nicht nur hat dieser vor gut 25 Jahren den neben Nehru führenden asiatischen Gründervater der Blockfreienbewegung, Sukarno, gestürzt und unter seinen politischen Gegnern ein ungeheures Blutbad angerichtet. Das Regime General Suhartos ist seitdem gekennzeichnet durch das Verbot freier Gewerkschaften, eine strikte Reglementierung aller Nichtregierungsorganisationen (NGOs), eine gleichfalls immens hohe Verschuldung, die nur durch den bedenkenlosen Ausverkauf der ökologischen Ressourcen Indonesiens gestoppt werden konnte und ein von Veteranenwirtschaft (der Präsidentenfamilie) dominiertes



Was wird die IWF Politik den Armen bringen? (Foto: Krishna Subramaniya)

## Industriepolitik

### New Delhi mildert Auflagen

Unter Federführung des neuen indischen Premiers P. V. Narasimha Rao, dem auch das Industrieministerium untersteht, hat Indien wesentliche Teile seiner bisher restriktiven Industriepolitik gelockert. Danach dürfen künftig Privatunternehmen in nahezu allen Industriebereichen – ausgenommen Verteidigung und Atomenergie – aktiv werden. Ausländische Direktinvestitionen werden bis zu 51 % Beteiligung erlaubt und „automatisch“ genehmigt. Die Vorschriften für Industriestandorte werden gelockert.

Entsprechend wird „Schedule A“ der „Industrial Policy Resolution“, die das staatliche Investmentmonopol regelt, geändert. In Zukunft sind der Passagierflugverkehr, das Fernmeldewesen, Stahl-, Kohle-, Energiegewinnung sowie Rohölsuche, -förderung und -verarbeitung für Privatunternehmen offen. Die schon unter der Regierung Chan-

dra Shekhar begonnene teilweise Privatisierung von Staatsbetrieben wird fortgesetzt.

Die Monopolies and Restrictive Trade Practices (MRTP) Commission erhält mehr Kompetenzen. Unternehmen, die unter dem MRTP-Gesetz arbeiten, dürfen künftig Aktiva von mehr als 1 Mrd Rs (100 Rs rund 7 DM) halten. Eine neue Höchstgrenze von 10 Mrd Rs erscheint möglich.

Das berüchtigte Foreign Exchange Regulation Act (FERA) wird geändert: Das Limit für ausländische Direktinvestitionen soll von derzeit 40 auf mindestens 51, u. U. 60 % angehoben werden. Unternehmen mit Auslandsbeteiligung in Prioritätsbereichen brauchen sich nur noch „automatisch“ registrieren zu lassen. Andere müssen nachweisen, daß ihre Nettodeviseneinnahmen den Dividendenausschüttungen entsprechen. Diskutiert wird auch das vorzeitige Ende

einer Industrieinvestition. Unrentable Betriebe dürfen bislang nicht einfach geschlossen werden; aus einem Engagement auszuweichen ist wegen der bürokratischen Hindernisse zur Zeit mindestens so schwer wie der Einstieg. Im Rahmen einer neuen „Exit Policy“ werden mögliche Umschulungs- und Arbeitslosenhilfen erwogen.

Ein neu zu bildendes Gremium mit besonderen Vollmachten soll mit 40 bis 50 großen internationalen Firmen über Direktinvestitionen verhandeln. Die Regierung hofft sich daraus rasche Resultate in Form von Kapitalanlagen, Zugang zu Hochtechnologie und ausländischen Märkten. Entsprechende Vorhaben sollen in ihrer Gesamtheit und kurzfristig genehmigt werden.

Die alten Beschränkungen für neue Industriestandorte, die den Zuzug in städtische Regionen untersagen, sollen aufgehoben werden. Ausnahmen sind die Metropolen New Delhi, Bombay, Madras und Kalkutta, bei denen ein Mindestabstand von 20 km einzuhalten ist.

Wirtschaftsleben, daß die soziale Polarisierung weiter vorangetrieben hat.

Was mögen also diese dubiosen Vorbilder für die zukünftige Politik in Indien bedeuten? Bleibt das Streikrecht für die starken Gewerkschaften im öffentlichen Sektor, der ja personell ausgedünnt werden dürfte, unangetastet? Werden nun auch die letzten Wälder Indiens gerodet, um die Schuldendienststrategie zu drücken? Und können die NGOs im Umweltbereich, die in der jüngsten Vergangenheit zum Teil sogar staatlichen Unterstützung erfahren haben, dagegen weiter protestieren? Ohne zu dramatisieren, müssen diese Fragen aufgeworfen werden, gerade in Anbetracht der Erfahrungen lateinamerikanischer und afrikanischer Länder mit der vom IWF diktierten Wirtschafts- und Sozialpolitik, um die möglichen sozialen und politischen Opfer der indischen 'Perestroika' kalkulieren zu können.

Sollte sich in Indien eine knallharte IWF-Politik durchsetzen, wäre nicht nur mit Sozialabbau und Hungerrevolten zu rechnen, sondern auch mit einer weiteren Verschiebung des politischen Spektrums. Die Kongreßpartei konnte trotz Sympathie-Bonus nach dem Mord an Rajiv Gandhi bei den jüngsten Wahlen gegen eine zersplitterte Opposition keine absolute Mehrheit erringen. Die Partei selbst muß sich nach dem Ende der Nehru-Gandhi-Dynastie neu finden. Je stärker der Druck des wirtschaftspolitischen Krisenmanagements auf ihr

lastet, desto geringer wird die Bereitschaft zur Redemokratisierung ihrer innerparteilicher Strukturen sein. Je unbequemer die von der Minderheitsregierung unter Rao beschlossenen Maßnahmen, desto geringer die Bereitschaft der anderen Parteien, sie zu unterstützen.

Zwar haben alle Oppositionsparteien derzeit wenig Neigung, Indien in einer erneuten Wahlkampf zu treiben, doch wäre es für die neue Regierung wohl schon ein Erfolg, sollte sie die nächsten drei Jahre im Amt bleiben, nach denen Finanzminister Singh erste greifbare Erfolge seiner 'Perestroika' erwartet. Von jeder Wirtschafts- und Regierungskrise am meisten profitieren dürfte der eigentliche Sieger der letzten Parlamentswahlen: die Hindufumentamentalisten der BJP, die ihre Stimmen annähernd verdoppeln und damit zur zweitstärksten Partei Indiens werden konnte. Auf der in diesen Krisenzeiten sicheren Bank der Opposition kann sie ihre organisatorischen Strukturen landesweit ausbauen, die Demagogie um den Tempelbau in Ayodhya und andere kommunalistische Themen fortsetzen und auf eine Verschärfung der Wirtschaftskrise Indiens hoffen, die es der BJP erleichtern würde, weitere von Politik und Wirtschaft enttäuschte Menschen mit ihrer eindimensionalen und damit so attraktiven fundamentalistischen Weltsicht zu fesseln.

Frank Braßel